

## **Überblick über die Maßnahmen der NRW-Koalition in den ersten 12 Monaten in den wichtigsten Politikbereichen**

### **Innere Sicherheit**

- Die eingeführte verfassungswidrige Frauenförderung wurde umgehend abgeschafft.
- Die 2016 eingeführte gesetzliche Kennzeichnungs- und Legitimationspflicht wurde ebenfalls sofort abgeschafft.
- Statt einer Misstrauenskultur gegenüber unseren Polizisten gibt es jetzt eine Vertrauenskultur und Kultur der Wertschätzung.
- Statt einer rot-grünen weichen Welle in Nordrhein-Westfalen gibt es jetzt eine Null-Toleranz-Politik.
- Mit dem Nachtragshaushalt 2017 haben wir 3 Millionen € zusätzlich für die persönliche Ausstattung der Polizisten zur Verfügung gestellt.
- Es wurden sofort 118 neue Stellen beim Verfassungsschutz eingerichtet.
- 10 Millionen € wurden mit dem Nachtragshaushalt 2017 mehr für die Auszahlung von Überstunden bei der Polizei NRW zur Verfügung gestellt.
- Bei der Justiz wurden sofort 2 Millionen € zusätzlich bereitgestellt.
- Die weitgehend untauglichen Streifenwagen (3er BMW) werden ausgetauscht, hierzu laufen Testphasen für andere Fahrzeuge (Vans).
- Die Einstellungszahl bei der Polizei NRW wurde am 1. September 2017 von 2.000 auf 2.300 erhöht. Dieses hohe Niveau wird bis einschließlich 2022 beibehalten.
- Es wurden bereits letztes Jahr neue 100 Stellen Tarifbeschäftigte, sog. Polizeiverwaltungsassistenten, geschaffen.
- 2018 sind weitere 400 Stellen hinzugekommen.
- Ab 2019 werden jährlich weitere 500 zusätzliche Stellen für Tarifbeschäftigte geschaffen.
- 395 sog. Kw-Vermerke (künftig wegfallend) wurden ebenfalls bereits mit dem Nachtragshaushalt 2017 gestrichen, so dass diese Stellen dauerhaft erhalten bleiben
- 350 befristete Stellen für Tarifbeschäftigte wurden mit dem Haushalt 2018 entfristet und bleiben ebenfalls dauerhaft erhalten.

### **Schule / Bildung**

- Die Bereiche Schule und Bildung haben einen neuen wesentlich höheren Stellenwert als zu Zeiten von Rot-Grün erhalten.
- Im Nachtragshaushalt 2017 haben wir bereits 500 Millionen € für Kita-Träger bereitgestellt. Damit konnte erreicht werden, dass keine Kita wegen Unterfinanzierung schließen muss.
- 2.048 neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer.
- Streichung von 3.299 Kw-Vermerken (künftig wegfallend) der alten Landesregierung und damit dauerhafter Erhalt dieser Stellen.
- Der Unterrichtsausfall wird erstmals digital und schulscharf erfasst.

- Jedes Gymnasium oder jede Gesamtschule hat die Wahl, ob es zu G9 zurückkehren oder beim G8-Modell bleiben will. Zum Schuljahr 2019/2020 sollen alle Gymnasien zu G9 zurückkehren, die sich nicht aktiv für eine Beibehaltung von G8 aussprechen.
- Moratorium Inklusion wurde als eine der ersten Maßnahmen auf den Weg gebracht. An allen Schulen kann es erst Inklusion geben, wenn wir ausreichend Personal haben.
- Eltern behinderter Kinder sollen selbst entscheiden können, ob ihr Kind auf eine Förder- oder eine Regelschule geht.
- Schulen erhalten zusätzliche Investitionsmittel durch die kurzfristig bereitgestellten finanziellen Hilfen für Kommunen.
- Historisch-politische Bildung ist ein Schwerpunkt der Schul- und Unterrichtsentwicklung in NRW. Die Finanzierung für Fahrten für Schülerinnen und Schüler an Erinnerungs- und Gedenkorte wird erhöht und die Mittel hierfür werden bereits im Schuljahr 2018/2019 zur Verfügung stehen.

### **Verkehr**

- 2,76 Milliarden € im Haushalt eingestellt und damit 11% mehr als 2017
- 50 neue Stellen für Planer und 20 bestehende Stellen entfristet.
- Steigerung der Ausgaben beim Landesstraßenbau um 23,5 % auf 217 Mio. €
- Förderung des ÖPNV um 190 Millionen höher als 2017 / u.a. Einführung Azubi-Ticket.
- Förderung des Ausbaus von Rad- und Fußwegen.
- Nichtbundeseigene Eisenbahnen zwischen Industriebetrieben und Bahnnetz werden wieder gefördert – das war unter Rot-Grün eingestellt worden.
- Förderung eines modernen Baustellenmanagements mit Bonus- und Maluszahlungen sowie stärkere Wochenend- und Nachtbaustellen.

### **Wirtschaft**

- In der Wirtschaftspolitik ist eine umfassende Neuausrichtung erfolgt. Mit der Entfesselungsgesetzgebung, konkret durch das Entfesselungspaket I – das Entfesselungspaket II wird derzeit in den zuständigen Ausschüssen erörtert – sind Wirtschaft, Verwaltung, Gründer und Bürger von unnötigen sowie belastenden Auflagen, Bürokratie und Dokumentationspflichten befreit worden.
- Es enthält die Abschaffung von Bürokratiehemmnissen wie Hygiene-Ampel, Kontrollergebnis-Transparenz-Gesetz und die Beschränkung des Tariftreue- und Vergabegesetzes. Die Neuregelung des Ladenöffnungsgesetzes schafft die erforderliche Rechtssicherheit und Flexibilität für Kommunen, Handel, Beschäftigte und Bürger, unter welchen Voraussetzungen die Ladenöffnung künftig gestattet ist.
- Energiewende muss maßgeblich in den regionalen Verteilnetzen, insbesondere den Stromnetzen stattfinden. Eine große Herausforderung ist es, Strom in dezentralen und volatilen Energiesystemen sicher und kostengünstig in Echtzeit zur Verfügung zu stellen.

- Die Novelle des Windenergie-Erlasses wurde im Mai beschlossen, die bspw. 1.500 Meter Abstand zu reinen Wohngebieten einführt.
- Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in NRW soll bis 2020 um 25 % sinken. Das Thema Energieeffizienz hat einen sehr hohen Stellenwert. NRW unterstützt innovative Ansätze und fördert durch verschiedene Instrumente die Sektoren Strom, Wärme, Industrie und Mobilität.
- Der Landesentwicklungsplan (LEP) wurde geändert. Beim LEP schaffen wir wieder ein Gleichgewicht zwischen sozialem Zusammenhalt, Ökonomie und Ökologie. Die Landesregierung gibt den Kommunen mehr Spielraum, damit sie leichter Flächen für Firmenansiedlungen und -erweiterungen sowie für den Wohnungsbau ausweisen können.
- Der LEP sorgt dafür, dass nun durch längere Planungszeiträume höhere Gesamtflächen für Wohnen, Gewerbe und Industrie festgelegt werden können.
- Der Abbau von Rohstoffen wird erleichtert.
- Alle sechs Airports in NRW gelten nun als landesbedeutsam und können sich entsprechend entwickeln.
- In Ortsteilen unter 2000 Einwohnern können neue Wohn- und Gewerbegebiete zumindest für die ansässige Bevölkerung für die Erweiterung ansässiger Betriebe ausgewiesen werden.
- Unter bestimmten Voraussetzungen können auch isoliert im Freiraum liegende Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen ausgewiesen werden.

## **Digitalisierung**

- NRW setzt verstärkt auf Digitalisierung und auf die mit der Digitalisierung verbundenen Wachstumsmöglichkeiten. Die NRW-Landesregierung setzt sich für eine bessere digitale Infrastruktur ein. Für die Breitbandversorgung stehen 2018 allein 220 Millionen € aus dem Landeshaushalt bereit. Ziel der Landesregierung ist es, für die Digitalisierung bis 2025 mehr als zwei Milliarden € aus dem Landeshaushalt zur Verfügung zu stellen. Durch die mit insgesamt über 163,5 Millionen € Landesmitteln geförderten Projekte werden 63.337 Haushalte und 8.040 Unternehmen an die schnellen Breitbandnetze angeschlossen.
- Das Projekt „Handwerk-Digital.NRW“, für das 2018 bis 2020 eine Million € in den Landeshaushalt eingestellt sind, wird Werkstatt und Netzwerk für die Digitalisierung des Handwerks werden.
- NRW investiert 91 Millionen € in Modellkommunen, um digitale Angebote für Bürger und Unternehmen zu entwickeln und auszubauen. Die Stadt Lemgo zum Beispiel ist als Digitales und offenes Test- und Mitmachlabor seit April 2018 so eine Modellstadt.
- Wir beschleunigen die Digitalisierung der Verwaltung. Wir schaffen die Rahmenbedingungen dafür, dass die gesamte Landesverwaltung nicht erst bis 2031, sondern bereits bis zum Jahr 2025 vollständig digitalisiert wird.

## **Wohnungsbau**

- Dem Aufgabenbereich Bauen hat die NRW-Landesregierung eine große Bedeutung zugeschrieben. Die Bautätigkeit öffentlicher und privater Bauherren soll angekurbelt werden.
- Für den öffentlich-geförderten Wohnungsbau stehen bis 2022 rund 4 Milliarden € zur Verfügung.
- Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes NRW hat im Februar 2018 mit den wohnungswirtschaftlichen Verbänden, der Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen (VdW), der BFW Landesverband Nordrhein-Westfalen – Verband der mittelständischen Immobilienwirtschaft, Haus & Grund Nordrhein-Westfalen eine Allianz für mehr Wohnungsbau geschlossen. Die Allianz tritt mit gemeinsamen Initiativen dafür ein, mehr Wohnungsbau und Eigentumsbildung zu schaffen, Wohnungsbestände außerhalb der Ballungszentren zu stärken, mehr rollstuhlgerechte Wohnungen zu unterstützen und eine verbesserte Modernisierungsförderung umzusetzen. Ein Schwerpunkt der Allianz ist das Projekt „Besser Wohnen – zu Hause im Quartier“. Diese Initiative richtet sich insbesondere an Wohnungsunternehmen, die ihre Quartiere und Siedlungen mit Mitteln der Wohnraumförderung als Orte des täglichen Lebens erneuern und zukunftsfähig machen sollen.
- NRW hat sich dafür eingesetzt, dass sich der Bund an dem öffentlich-geförderten Wohnungsbau beteiligt.
- Seit dem 01.02.2018 gibt es landesweit wieder eine Wohn-Eigentumsförderung, die Familienkomponente wird pro Kind um 5.000 auf 15.000 € angehoben.
- Erlaubt ist fortan der Verzicht auf energetische Sanierung für Bestandsimmobilien, die vor 1995 errichtet wurden.

## **Kultur**

- Die neue Landesregierung wird die Kultur in NRW erheblich stärken – der Kulturhaushalt für 2018 steigt um gut 20 Millionen und ist mit 224 Mio. € der höchste Kulturretat des Landes. Schwerpunkt für 2018 ist die Stärkung der kommunalen Theater- und Orchesterförderung.
- Auch die Landesmittel für politische Bildung sind gestiegen.
- Die Beethoven-Jubiläums GmbH erhält für die Vorbereitungen zum 250. Geburtstag von Ludwig van Beethoven im Zeitraum 2018 bis 2020 Landesmittel im zweistelligen Millionen-Bereich.

## **Heimat**

- NRW setzt sich für die gleichberechtigte Entwicklung der Lebensverhältnisse von Städten und ländlichen Gebieten ein und macht Heimat wieder zu einem öffentlichen Thema.
- Bis zum Jahr 2022 werden Finanzmittel in Höhe von über 100 Mio. € für die Heimatförderung bereitgestellt. Initiativen und Projekte vor Ort werden durch 5 neue Elemente der Heimatförderung sowie durch Finanzmittel unterstützt.